**Entwurf Offener Brief zum Thema Verschickungskinder im Wahljahr 2021**

**Kampagnenstart 1.Juli 2021**

**Kurze Anleitung zur Verwendung**

Trotz vielfacher Ankündigungen verschleppt die Bundesregierung die Reaktion auf die berechtigten Forderungen der Verschickungskinder-Initiative bereits seit Ende 2019 immer weiter. Das Schreiben soll dazu dienen, im Wahljahr 2021 die öffentliche und politische Aufmerksamkeit gezielt auf unsere Forderungen zu lenken.

Wir empfehlen, Name und Adresse der jeweils zuständigen Bundestagsabgeordneten bzw. KandidatInnen zur Bundestagswahl zu recherchieren. Es ist ausreichend, das Schreiben an die Abgeordneten der gegenwärtigen bzw. möglicherweise zukünftigen Regierungsfraktionen zu senden, also insbesondere an die Abgeordneten von CDU, SPD und Grünen, ggf. auch der FDP, je nach persönlicher Neigung. Es ist möglich, das Schreiben an alle Abgeordneten zusammen zu senden oder auch einzeln, je nachdem, wieviel Zeit ihr aufwenden könnt.

Sehr sinnvoll ist es, das Schreiben per Email (CC) auch an die jeweilige Lokalzeitung zu senden.

Bitte unbedingt ins CC die EmailAdresse [Bundestagswahl@verschickungsheime.de](mailto:Bundestagswahl@verschickungsheime.de) setzen, damit wir die Rückmeldungen ohne großen Aufwand sammeln und auf unserer Homepage veröffentlichen können.

Am besten kopiert ihr euch den Briefentwurf aus diesem Dokument heraus und personalisiert ihn.

**Briefentwurf**

Name, Adresse, Email des Absenders/der Absenderin

An die Mitglieder des Deutschen Bundestags

Herr/Frau Vorname Nachname (Partei)

Herr/Frau Vorname Nachname (Partei)

Per Email: …

bzw.

An die Kandidaten für den Deutschen Bundestag

Herr/Frau Vorname Nachname (Partei)

Herr/Frau Vorname Nachname (Partei)

per Email: …

Durchschrift per Email an: Lokalredaktion

Betreff: Millionen Verschickungskinder erlitten Unrecht – die Bundesregierung bleibt untätig

Sehr geehrte/r… (alle Namen einfügen),

zwischen 1948 und Anfang der 1980-er Jahre wurden mehr als 8 Millionen Kinder im Alter zwischen zwei und vierzehn Jahren auf so genannte „Kinderkuren“ verschickt, wo sie vielfältige Misshandlungen erlitten. Auch Arzneimittelversuche und Todesfälle kamen vor. Diese Kuren wurden von der Bundessozialversicherung (Kranken- und Rentenversicherung) finanziert. Heimträger, Heimaufsicht, Krankenhausaufsicht und gesetzliche Kontrollen haben in eklatanter Weise versagt. Auch ich bin ein solches „Verschickungskind“, ich war von … bis.. in … verschickt und musste diese Misshandlungen erleiden.

Nach jahrzehntelangem Verschweigen hat sich im Jahr 2019 eine Initiative aus Betroffenen gebildet (mittlerweile viele Tausend Aktive), die das Ziel hat, diese Kindesmisshandlungen aufzudecken, die historische Aufarbeitung voranzutreiben und die Betroffenen zu vernetzen und zu unterstützen. Umfangreiche Presseberichte in Print (u.a. Zeit, Süddeutsche Zeitung, Spiegel), Radio (u.a. Feature Deutschlandfunk) und Fernsehen (u.a. mehrere Berichte vom Report Mainz), zwei Buchpublikationen vom Januar 2021 sowie unzählige Betroffenenschilderungen lassen mittlerweile erkennen, welchen gewaltigen Umfang diese Kinderrechtsverletzungen hatten und in welcher Weise Politik und Verwaltung durch Unterlassen und Wegsehen den Geschehnissen Vorschub geleistet haben.

Seit Januar 2020 hat sich die Politik mit unserem Anliegen befasst: Alle Bundesländer haben gemeinsam das Leid anerkannt und Aufarbeitung gefordert (Beschluss JFMK 27.05.2020). Die Landtage in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen haben das Thema erörtert, in Baden-Württemberg wurde ein Runder Tisch eingerichtet. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat in einem Schreiben vom 22.1.2020 der Initiative zugesichert, dass die Bundesregierung sich unseres Anliegens annimmt.

Mit zunehmender Frustration müssen wir aber feststellen, dass dieses Versprechen von der Bundesregierung nicht eingelöst wurde: Erst nach einem Jahr, am 12.1.2021, konnten Vertreterinnen der Initiative in einem Gespräch mit Vertretungen mehrerer Ministerien ihre Forderungen darlegen, wurden aber auf das Ergebnis einer (inzwischen wohl vorliegenden) „Machbarkeitsstudie“ der Deutschen Rentenversicherung vertröstet. Ein Folgetermin wurde in Aussicht gestellt, aber immer wieder verschoben. Nähere Auskunft dazu kann Dr. Thomas Stracke ([Thomas.Stracke@bmg.bund.de](mailto:Thomas.Stracke@bmg.bund.de)), Referatsleiter 325 im Bundesgesundheitsministerium, erteilen.

Ich möchte deshalb gern von Ihnen wissen: Wie stehen Sie zu den Geschehnissen rund um die Kinderverschickung? Wie wollen Sie dazu beitragen, dass endlich Aufarbeitung stattfindet und den vielen Betroffenen durch Vernetzung und Beratung geholfen werden kann? Wie sollte nach Ihrer Auffassung die künftige Bundesregierung mit dem Anliegen der Verschickungskinder umgehen?

Gern können Sie mich persönlich kontaktieren. Umfangreiche Informationen, Erlebnisberichte und bisherige Forschungsergebnisse zu den Kinderverschickungen finden Sie auf der Webseite der Initiative: https://verschickungsheime.de/

Ich freue mich von Ihnen zu hören.

Mit freundlichen Grüßen